



Neues aus dem Landtag

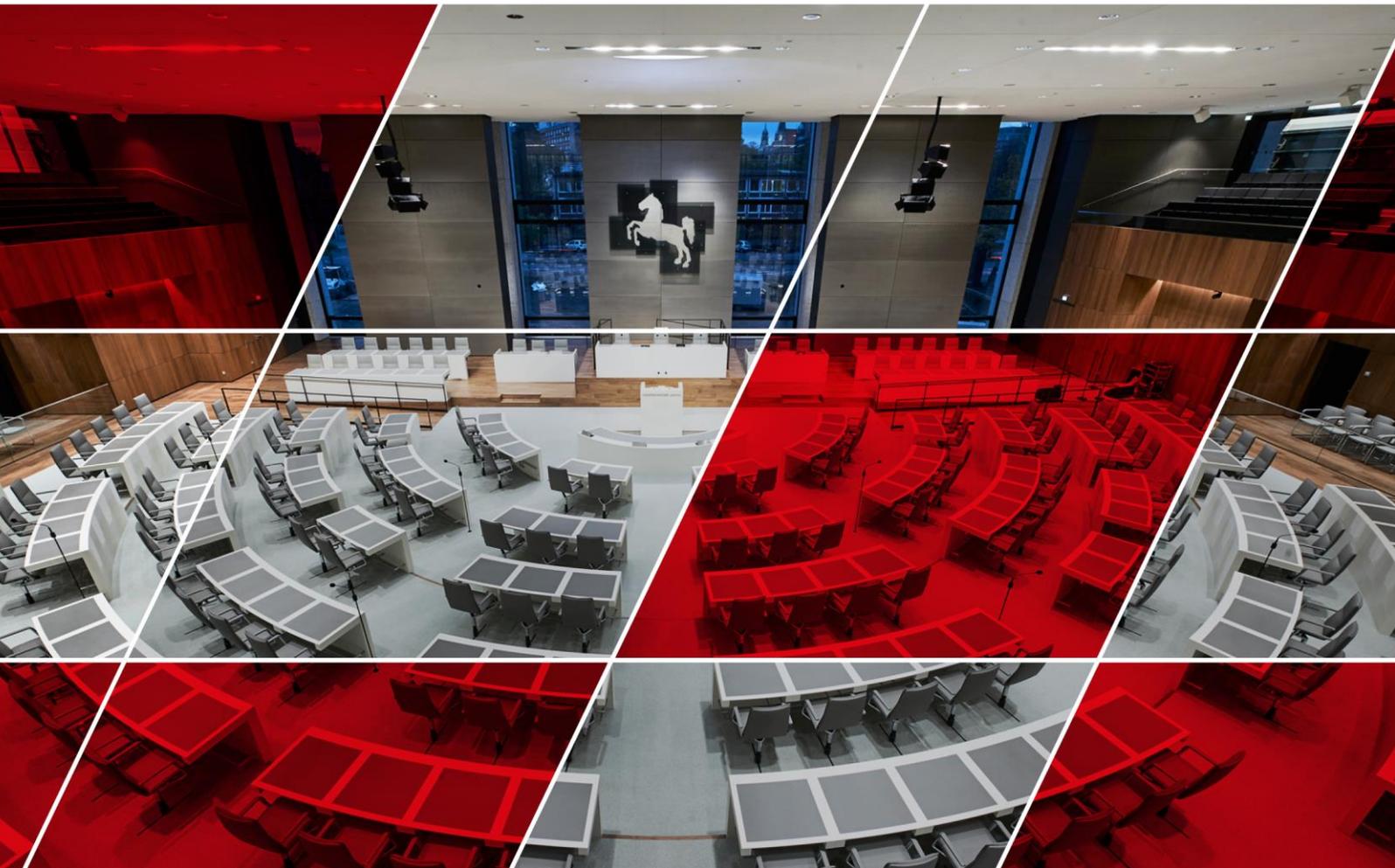
Nov 2018

Was ist im November im Landtag und im Wahlkreis passiert?

1. Das Novemberplenium
2. Besuchergruppen im November
3. Wohnungsbaupolitischer-Kongress
4. Campus Handwerk Hannover
5. Neue Fahrzeugförderung für Freiwillige Feuerwehren
6. Mein erstes Jahr im Landtag (Interview)
7. Neuregelungen bei den Straßenausbaubeiträgen
8. Ökologische Folgen des Moorbrandes in Meppen
9. Schulgeldfreiheit für Gesundheitsfachberufe mit 1,5 Millionen Euro beschlossen



Rüdiger Kauroff ist Landtagsabgeordneter für Garbsen und die Wedemark. Er betreut zusätzlich Isernhagen und Langenhagen. Seit 2017 setzt er sich für Ihre Interessen im Niedersächsischen Landtag ein. **Rüdiger Kauroff** ist Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitales sowie Mitglied im Petitionsausschuss. Darüber hinaus ist er Ständiger Vertreter im Innenausschuss und Sprecher für Feuerwehr- und Katastrophenschutz seiner Fraktion.



Liebe Genossinnen und Genossen,

Liebe Freund*innen,



mein erstes Jahr im Niedersächsischen Landtag ist nun vorbei – ich habe spannende Aufgaben innerhalb der Fraktion übernommen und viel über die Landespolitik gelernt. Gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen aus der SPD Fraktion starte ich nun in das zweite Jahr im

Hannoverschen Leineschloss.

In den letzten Wochen gab es zahlreiche wichtige Gedenkveranstaltungen. Es ist uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ein besonderes Anliegen, einschlägige Ereignisse unserer Zeitgeschichte gebührend zu würdigen. Mit einer gelebten und offenen Erinnerungskultur müssen wir uns mit Geschehnissen der Vergangenheit auseinandersetzen, aus Fehlern lernen und an Positivem anknüpfen.

Mit unserer Aktuellen Stunde zum Thema „Erfolgreiche Bündnisarbeit für Niedersachsen - gemeinsam günstigen Wohnraum schaffen“ haben wir die Deutlichkeit des Handlungsbedarfes zur Sicherstellung von bezahlbarem Wohnraum hervorgehoben. Im November wurden die ersten Ergebnisse der Arbeit des „Bündnisses für bezahlbaren Wohnraum“ vorgestellt. Kernziel ist es, dass bis zum Jahr 2030 rund 40.000 zusätzliche Wohnungen bereitgestellt werden.

Der Blick muss auch verstärkt auf die Quartiersentwicklung gelegt werden, um den sozialgesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und einer möglichen sozialen Segregation frühzeitig entgegenzuwirken.

Soweit aus dem Plenum,

Liebe Grüße,

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Rüdiger Kauroff', written in a cursive style.

Euer Rüdiger

Besucherguppen im Landtag:

Im vergangenen Monat waren mehrere Besucherguppen zu Gast bei mir im Landtag.



Zum einen durfte ich die Evangelisch-lutherische Willehadi Kirchengemeinde aus Garbsen empfangen. Zum anderen kamen meine Kameraden der Feuerwehr Osterwald Oberende zu Besuch. Auch der SPD Ortsverein Langenhagen, den ich als Wahlkreisvertreter genauso betreue wie Garbsen und die Wedemark,

besuchte mich vergangenen Monat in Hannover.

Alle Gruppen haben wie immer eine persönliche Führung bekommen und konnten einige Einblicke und Infos rund um den niedersächsischen Landtag sowie meinen Arbeitsalltag mitnehmen.

Ich habe mich sehr über die Besuche gefreut und hoffe, dass es allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern genauso viel Spaß gemacht hat wie mir. Wenn auch ihr gerne mal den niedersächsischen Landtag besuchen möchtet, könnt ihr euch gerne bei meinem Büro melden, oder mich persönlich ansprechen. Wir versuchen dann einen Termin mit euch zu vereinbaren.



Wohnungsbaupolitischer Kongress:

Gemeinsam mit weiteren Kolleginnen und Kollegen der SPD-Landtagsfraktion habe ich an dem 16. Wohnungsbaupolitischen Kongress teilgenommen. Nachfolgend findet ihr einen Presseartikel des Bündnisses für bezahlbares Wohnen:

Mehr Staat für mehr Wohnungen: 40.000 neue Sozialwohnungen bis 2030 - Bündnis für bezahlbares Wohnen legt Empfehlungen vor



Das im März gegründete „Bündnis für bezahlbares Wohnen in Niedersachsen“ hat auf dem 16.

Wohnungspolitischen Kongress in Hannover erste Arbeitsergebnisse vorgelegt. Im Bündnis arbeiten rund 60 Organisationen, Verbände, Kammern, Kommunen und Unternehmen mit der Landesregierung zusammen.

Das Ziel ist es, Lösungen für die Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum zu entwickeln. Von den jetzt gemachten Empfehlungen erhoffen sich die Bündnisteilnehmer, dass die Wohnraumförderung neuen Schub erhält.

Ministerpräsident Stephan Weil: „Die Wohnraumfrage ist die soziale Frage unserer Zeit. Ihre Beantwortung entscheidet ganz wesentlich über den Zusammenhalt der Gesellschaft.“ Es sei nicht hinnehmbar, dass immer mehr Menschen allergrößte Schwierigkeiten hätten, eine für sie geeignete und bezahlbare Wohnung zu finden. „Alle Menschen in Niedersachsen müssen in einer anständigen und bezahlbaren Wohnung leben können. Um das zu erreichen, müssen wir alle viel Kraft aufwenden.“ Mit dem „Bündnis für bezahlbares Wohnen“ stellten sich die Beteiligten ihrer sozialen Verantwortung. Allein bis 2020 seien rund 29.000 Wohnungen in Ein- und Zwei-Familien-Häusern sowie 33.000 Wohnungen in Mehrfamilienhäusern erforderlich. Der Ministerpräsident betonte, dass das Land bereit sei, Finanzmittel des Landes in substanzieller Höhe bereit zu stellen, um mehr sozialen Wohnraum zu fördern.

Gemeinsam mit Bauminister Olaf Lies kündigte der Ministerpräsident an, dass das Land auf der Grundlage der Bündnis-Empfehlungen fünf Kernpunkte herausgearbeitete habe.

Bauminister Olaf Lies: „Wir wollen mehr sozialen Wohnraum schaffen und dafür werden wir die Förderbedingungen des Landes verbessern, günstiges Bauland mobilisieren, Kostensteigerungen beim Bau durch technische und fachliche Normen begrenzen, eine Nachverdichtungsoffensive starten und die Digitalisierung von Baugenehmigungsverfahren vorantreiben. Am Ende soll es uns mit diesem Maßnahmenpaket gelingen, die Zahl der neuen Sozialwohnungen von heute 1.000 Wohnungen im Jahr auf 4.000 Wohnungen zu steigern, so dass wir bis zum Jahr 2030 bis zu 40.000 neue Sozialwohnungen schaffen können.“

Bauminister Olaf Lies machte deutlich, dass das Land seine Wohnraumförderbestimmungen bereits zu Beginn des Jahres 2019 auf der Grundlage der Bündnisempfehlungen neu fassen will. Angesichts niedriger Zinsen sollen zusätzliche Anreize dafür sorgen, dass mehr Geld in den sozialen Wohnungsbau investiert wird. So sollen die Grenzen der förderfähigen Baukosten und der zulässigen Mieten in Ballungsgebieten erhöht werden. Lies kündigte auch an, den Tilgungsnachlass für Investoren zu erhöhen und die Laufzeiten der Darlehen ebenso wie die Sozialbindungen für die Wohnungen zu verlängern.

Ein Engpass sei die Bereitstellung von Bauland. Das Land werde die Empfehlungen des Bündnisses aufgreifen und vorgeschlagene Instrumente wie die günstige Vergabe von öffentlichen Grundstücken zur Mobilisierung von günstigem Bauland nutzen, sagte Lies. Zudem solle das Erbbaurecht gestärkt werden, um so den Kostenfaktor Grundstück zu verbilligen. Die Schaffung von Wohnraum im Bestand soll erleichtert werden, indem für einen befristeten Zeitraum die Geltung bestimmter Bauschriften ausgesetzt werden soll.

Minister Olaf Lies würdigte die bisherige Arbeit des Bündnisses: „Es gibt einen breiten Konsens in Niedersachsen, die Wohnraumfrage gemeinsam zu lösen. In kurzer Zeit wurden vielfältige Handlungsempfehlungen erarbeitet. Das allein ist schon ein wichtiger Erfolg. Nun geht es darum, weitere Einzelheiten auszuarbeiten und die Empfehlungen umzusetzen.“ [...]

Quelle:

<https://www.buendnis-fuer-bezahlbares-wohnen.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/buendnis-fuer-bezahlbares-wohnen-veroeffentlicht-erste-empfehlungen-170733.html>

„Handwerk trifft Politik“ – Besuch beim Campus Handwerk in Garbsen:

Eine Delegation von SPD-Landtagsabgeordneten ist der Einladung von MdL Rüdiger Kauroff zu einem gemeinsamen Besuch und Austausch mit zahlreichen Vertretern und Vertreterinnen der Handwerkskammer Hannover am Campus Handwerk in Garbsen gefolgt.

Der Campus Handwerk in Garbsen gilt als Dachmarke für alle Weiterbildungseinrichtungen der Handwerkskammer Hannover. Zu Beginn des Besuchs wurde ausgelotet wie ein gemeinsames Handlungskonzept zu Handwerk und Mittelstand aussehen könne. Anschließend wurde ein erstes Fazit zur der in dieser Legislaturperiode im Landtag beschlossenen Meisterprämie sowie der Meistergründungsprämie gezogen. Darauf folgte ein gemeinsamer Rundgang über den Campus Handwerk.

Seit Juli 2016 vereint der Campus mehrere Bildungseinrichtungen der Handwerkskammer Hannover in Garbsen. Hierzu gehören die Akademie des Handwerks, das Förderungs- und Bildungszentrum, das Institut des Zahntechnikerhandwerks Niedersachsen e.V., das Kompetenzzentrum für Personalentwicklung und Personalmanagement im Kraftfahrzeugtechnikhandwerk, die Werkakademie für Gestaltung und Design im Handwerk Niedersachsen e.V. und das Zentrum für Umweltschutz. Handwerksunternehmerinnen und – Unternehmer sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Handwerksbetrieben finden hier eine Vielzahl von Kursen, Seminaren und Lehrgängen, um ihr Wissen immer auf dem neuesten Stand zu halten. Insgesamt sind 150 Mitarbeiter*innen am Campus Handwerk beschäftigt.



Den größten Teil des Campus nimmt das Förderungs- und Bildungszentrum ein, das bereits Mitte der 70er Jahre errichtet wurde. Auf ca. 65.000 Quadratmetern finden sich hier rund 100 Fachwerkstätten, Labore und Theorieräume, die pro

Jahr von etwa 14.000 Personen genutzt werden. Der Schwerpunkt der Weiterbildungsmaßnahmen des Förderungs-/ und Bildungszentrums liegt im gewerblich-technischen Bereich.

Auf den gemeinsamen Rundgang über den Campus folgte ein Austausch zur

Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen sowie den Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung für Handwerk und Mittelstand.

Der SPD-Landtagsabgeordnete Rüdiger Kauroff zeigt sich begeistert:

„Die Handwerkskammer Hannover leistet hervorragende Arbeit im Bereich der dualen Bildung. Der Campus Handwerk in Garbsen spiegelt die moderne und zukunftsorientierte Ausrichtung der Handelskammer wieder und bietet vielfältige Weiterbildungsmöglichkeiten. Wir werden auch zukünftig eng mit der Handelskammer zusammenarbeiten um Mittelstand und Handwerk in Niedersachsen erfolgreich zu gestalten.“

Der Einladung zum Besuch des Campus Hannover im Wahlkreis vom Landtagsabgeordneten Rüdiger Kauroff folgten die Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses MdL Sabine Tippelt, der SPD-Sprecher für den Wirtschaftsausschuss MdL Stefan Klein, MdL Frank Henning, MdL Matthias Arends, MdL Thordies Hanisch sowie eine Referentin der SPD-Landtagsfraktion.



Fördermittel des Bundes für niedersächsische Feuerwehren:

Als Feuerwehrpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion begrüße ich die Fördermittel des Bundes zur Fahrzeugbeschaffung der Feuerwehren.

Mit einem Beschluss im Bundestag stärkt der Bund die Feuerwehren in noch nie dagewesener Höhe! Für die nächsten vier Jahre (2019-2022) wird ein Fahrzeugprogramm mit 100 Mio. Euro aufgelegt.

In einer Sitzung hat der Haushaltsausschuss auf Antrag der beiden Koalitionsfraktionen das Fahrzeugbeschaffungsprogramm für den sog. ergänzenden Katastrophenschutz mit 4 x 25 Mio. Euro beschlossen. Gleichzeitig werden mit dem Haushalt 2019 fast 60 neue Stellen beim Beschaffungssamt eingerichtet, damit die Fahrzeuge möglichst schnell dort ankommen können, wo sie gebraucht werden. Trotzdem wird es noch dauern, bis die Fahrzeuge, konzipiert, ausgeschrieben, gebaut und ausgeliefert werden und damit vor Ort ankommen.



Nach dem zwischen Bund und Ländern vereinbarten Ausstattungskonzept, stellt der Bund ca. 5.000 Fahrzeuge zur Verfügung. Mit dem beschlossenen Fahrzeugprogramm können die noch fehlenden ca. 1.000 Fahrzeuge nun beschafft werden.

„Der Bund hat eine große Baustelle bei den Feuerwehren erkannt und auf diese angemessen reagiert. Durch das Fahrzeugbeschaffungsprogramm wird auf Dauer die zukünftige Versorgung mit modernen Einsatzfahrzeugen flächendeckend sichergestellt“.

Mein erstes Jahr im Landtag:

Bereits zum Anfang der Legislatur, ziemlich genau vor einem Jahr, hatte ich ein Interview zu meinem Start als Landtagsabgeordneter gegeben. Am Rande des letzten Plenums traf ich mich wieder mit dem gleichen Redakteur und wir resümierten zusammen das erste Jahr meiner Amtszeit. Nachfolgend findet ihr den Artikel aus der HAZ.

So lief Kauroffs erstes Jahr im Landtag

am 26. November 2018, 12:46 Uhr

Garbsen/Hannover

Vor einem Jahr ist Rüdiger Kauroff (62, SPD) erstmals in den niedersächsischen Landtag gewählt worden. Dort setzt sich der ehemalige Ortsbrandmeister in Garbsen unter anderem für die Feuerwehren ein.



Auf dem Weg durch den Landtag in den Plenarsaal muss Rüdiger Kauroff viele Hände schütteln. Quasi im Vorbeigehen beantwortet er hier eine Frage und gibt da einem Mitarbeiter eine freundliche Anweisung. Schnell fällt auf: Der Mann ist angekommen. Vor ziemlich genau einem Jahr

hatte Kauroff das Direktmandat in seinem Wahlkreis – zu dem neben Garbsen auch die Wedemark gehört – etwas überraschend gegen seine CDU-Konkurrentin Editha Westmann gewonnen. Seitdem hat sich das Leben des damals 61-Jährigen noch einmal komplett geändert.

Mit 61 in den Landtag

„Ich habe 44 Jahre lang bei der Post gearbeitet. Dort saß ich jeden Tag acht bis zwölf Stunden lang am Schreibtisch“, erinnert sich der Sozialdemokrat. Jetzt sei sein Rhythmus völlig anders. Seine Zeit kann sich Kauroff viel freier einteilen, wenn nicht gerade Landtagsdebatten oder Fraktionssitzungen im Terminkalender stehen. Das nutzt er unter anderem für Gespräche mit Bürgern – zuletzt auch vermehrt auf Marktplätzen. „Einige haben mich schon verwundert gefragt, ob denn schon wieder Wahlkampf sei“, sagt Kauroff und lacht.

Dabei hat der möglichst enge Kontakt zu den Bürgern durchaus einen ernsten Hintergrund. Kauroff will verhindern, dass die Politik an den Wünschen und Bedürfnissen der Menschen vorbeiregiert. Einen Kritikpunkt an der SPD hört der Abgeordnete bei den Gesprächen immer wieder: „Viele Menschen nehmen uns die Einführung von Hartz IV noch übel.“ Kauroff selbst findet, dass die Gesetze längst hätten angepasst werden müssen, er versucht zu vermitteln. Vor allem aber hört er zu.

Auch auf diese Weise gerät er an Themen, für die er sich dann innerhalb der großen Fraktion einsetzt. Derzeit beschäftigt er sich mit der Förderung für junge Menschen, die eine Meisterprüfung im Handwerk ablegen wollen. Dafür ist im Haushalt des Landes noch kein Geld vorgesehen, das will der 62-Jährige ändern. „Wir brauchen jetzt ein Signal, dass die jungen Menschen auf die Mittel des Landes zählen können“, fordert Kauroff. Das sei ein wichtiger Schritt, um gegen den ohnehin schon gravierenden Fachkräftemangel anzugehen.

Mehr Rente fürs Ehrenamt?

Ein anderes Thema, das Kauroff sehr am Herzen liegt, sind die freiwilligen Feuerwehren im Land. Der 62-Jährige war selbst 18 Jahre lang Ortsbrandmeister der Feuerwehr Garbsen und ist nun feuerwehrpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag. Er kennt die von Politikern häufig benutzte Floskel, sie wollten „das Ehrenamt stärken“. Diesen Worten will Kauroff nun Taten folgen lassen. Seine Idee beschreibt er so: „Wenn sich jemand 30 Jahre ehrenamtlich für das Wohl anderer engagiert hat, soll sich das in der Rente niederschlagen.“ Kauroff kann sich vorstellen, dass das langjährige Ehrenamt mit einem halben oder ganzen Rentenpunkt belohnt wird – ähnlich wie bei Müttern, die Kinder großgezogen haben.

Und wann will Kauroff selbst in Rente gehen? Wird er bei der nächsten Landtagswahl 2022 noch einmal antreten? Für eine Antwort ist es viel zu früh, findet der 62-Jährige. Ausschließen will er eine Kandidatur aber auch nicht: „Wenn die Gesundheit noch mitspielt und die Partei keinen Jüngeren aufstellen will, kann ich mir das schon vorstellen.“

Hass-Mail landet bei der Polizei

Als Landtagsabgeordneter steht Rüdiger Kauroff deutlich mehr in der Öffentlichkeit als früher. „Ich werde jetzt bei jedem Anlass persönlich begrüßt, die Ratspolitiker nur als Gruppe“, sagt er. Diese Aufmerksamkeit kann für einen Politiker durchaus von Vorteil sein. Schließlich sollen die Menschen aus seinem Wahlkreis wissen, an wen sie sich wenden können. Es gibt aber auch negative Seiten, weil einige offenbar ihren ganzen Frust an einer Person auslassen müssen. Das hat Kauroff kürzlich zu spüren bekommen, als er ein Hass-Schreiben in seinem Mail-Ordner fand. Der Absender wirft ihm erst vor, nichts in seinem Wahlkreis zu bewirken. Später wird er eindeutig beleidigend, spricht von „korruptem Handeln“, bezeichnet Politiker als „verlogenes Gesocks“ und „Spinner“. Kauroff hat auf die E-Mail nicht geantwortet und stattdessen Anzeige bei der Polizei erstattet, die nun wegen Beleidigung und Übler Nachrede ermittelt. Dabei geht es dem 62-Jährigen nicht nur um seinen konkreten Fall. Er hat festgestellt, dass der Umgangston in vielen Bereichen deutlich härter geworden ist. „Auch Feuerwehrleute, Polizisten und Sanitäter im Einsatz haben damit zu kämpfen. Und auch Journalisten“, sagt der Sozialdemokrat. Sein Mittel dagegen: Er will auch mit unzufriedenen Menschen das Gespräch suchen – zumindest „solange das noch auf einer sachlichen Ebene möglich ist“.

Von Gerko Naumann

Quelle: <http://www.haz.de/Umland/Garbsen/Garbsen-Ruediger-Kauroff-von-der-SPD-zieht-Bilanz-nach-einem-Jahr-im-Landtag-in-Hannover>

Mein Statement zur Neuregelung der Straßenausbaubeiträge:

Kauroff: Soziale Härten bei Straßenausbaubeiträgen abfedern – Langfristige Stundung zu marktüblichen Zinsen ermöglichen

In vielen niedersächsischen Kommunen werden die Straßenausbaubeiträge für AnliegerInnen kontrovers diskutiert. Zwischen den Koalitionsfraktionen von SPD und CDU fanden vor diesem Hintergrund bereits intensive Gespräche über mögliche Änderungen am Kommunalabgabengesetz statt. Die InnenpolitikerInnen der SPD-Fraktion hatten zudem das Gespräch mit Vertretern der kommunalen Spitzenverbände gesucht.

Rüdiger Kauroff, SPD Landtagsabgeordneter, erklärt die Hintergründe: „Die Frage, ob vor Ort überhaupt Straßenausbaubeiträge erhoben werden, liegt derzeit in der Hand der niedersächsischen Kommunen und sollte auch in Zukunft ein Bestandteil der kommunalen Selbstverwaltung bleiben. Darin sind wir uns mit den Vertretern der Spitzenverbände einig. Für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten steht jedoch fest, dass wir soziale

Härtefälle abfedern und private EigentümerInnen vor übermäßigen finanziellen Belastungen schützen müssen.“

Aus Sicht des SPD-Politikers ließe sich dieses Ziel durch die Möglichkeit von langfristigen Stundungen zu niedrigen Zinssätzen erreichen: „Die bisher veranschlagten Stundungszinsen von sechs Prozent p. A. sind deutlich zu hoch und sollten an marktübliche Zinssätze angeglichen werden. Außerdem wollen wir, dass langfristige Stundungen über einen Zeitraum von mindestens 20 Jahren ermöglicht werden.“

Der SPD-Abgeordnete kündigt dazu weitere Gespräche mit dem Koalitionspartner an: „Wir sind zuversichtlich, dass wir hier gemeinsam mit der CDU schon bald zu entsprechenden Lösungen kommen und eine parlamentarische Initiative auf den Weg bringen können.“

Zur Debatte über eine landesseitige Abschaffung der Ausbaubeiträge sagt Kauroff: „Eine solche Maßnahme würde den Landeshaushalt stark belasten. Wer eine Abschaffung fordert, muss schlüssig erklären, wie er dies ohne massive Kürzungen in Bereichen wie der Inneren Sicherheit, der Bildung oder bei sozialen Projekten umsetzen will.“

Meine Position zu den ökologischen Schäden des Moorbrandes in Meppen:

„Der durch die Bundeswehr verursachte Brand im Hochmoor Tinner Dose hat einen riesigen ökologischen und materiellen Schaden verursacht. Bei einem Munitionstest der Bundeswehr führten offensichtlich Unachtsamkeit, Leichtsinn und Fehleinschätzungen zu einer ausgewachsenen Umwelttragödie.

Jede Gemeinde in unserem Land muss dafür sorgen, dass ihre Feuerwehrfahrzeuge sachgemäß gewartet und entsprechend einsatzbereit sind – bei der Bundeswehr war dies jedoch ganz offensichtlich nicht der Fall. Der Ablauf der Geschehnisse wirkt wie ein Stück aus dem Tollhaus. Was dort auf dem Gelände der Bundeswehr passiert ist, muss mit dem Wort ‚Dilettantismus‘ beschrieben werden.

Im Naturschutzgebiet Tinner Dose wurde der Lebensraum vieler Lebewesen auf Jahrzehnte zunichtegemacht. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass Umweltminister Olaf Lies bereits den Kontakt zum Bundesverteidigungsministerium gesucht und von der zuständigen Ministerin die Einrichtung eines "Runden Tisches" gefordert hat, um die Schäden zu ermitteln und über Ersatzansprüche zu sprechen. Die Bundeswehr muss die durch den Moorbrand entstandenen Schäden nach einer unabhängigen Begutachtung vollständig ersetzen. Das gilt für die Brandschäden, die Schäden durch Löscharbeiten und durch den massiven Ausstoß von CO₂.“

Schulgeldfreiheit für Gesundheitsfachberufe mit 1,5 Millionen Euro auf den Weg gebracht

Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag setzt mit ihrer „Politischen Liste“, die einen Maßnahmenkatalog mit einem Gesamtvolumen von rund 60 Millionen Euro umfasst, einen starken Akzent auf die Sozialpolitik. Mit dem Einstieg in die Schulgeldfreiheit in den Gesundheitsfachberufen wird ein effektiver Beitrag zur Bekämpfung des Fachkräftemangels im Gesundheitssektor geleistet.

Ab dem Ausbildungsjahrgang 2019/2020 wird das Schulgeld bei Physiotherapeuten, Ergotherapeuten, Logopäden und Podologen abgeschafft und vom Land Niedersachsen übernommen. „Damit soll die Attraktivität der Berufe gesteigert und nachhaltig gestärkt werden. Die horrenden Ausbildungskosten von bis zu 20.000 Euro sind nicht mehr zeitgemäß und führen zu einer weiteren Zuspitzung des Personalmangels und zu echten Versorgungsproblemen. Mit dem Einstieg in die Schulgeldfreiheit schaffen wir eine gute Grundlage, um zukünftigen Nachwuchs in Niedersachsen zu gewinnen“, so der sozialpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Uwe Schwarz.

„Mit dem Einstieg in die Schulgeldfreiheit der Gesundheitsfachberufe setzen wir zentrale Punkte des Koalitionsvertrags zielgerecht und frühzeitig um. Hiermit nehmen wir die Probleme gerade auch im ländlichen Raum in den Fokus. Nach der Schulgeldfreiheit für die Pflegeberufe sowie für die Erzieherinnen und Erzieher ist dies nun ein weiterer richtiger Folgeschritt zur Aufwertung dieser Berufsgruppe“, so die SPD-Fraktionsvorsitzende Johanne Modder.

In den vergangenen Monaten haben die therapeutischen Verbände in Niedersachsen eindrucksvoll und in vertrauensvoller Zusammenarbeit belegt, vor welchen gravierenden berufsständischen Problemen sie stehen, um eine entsprechende Versorgung zu gewährleisten.

Mein Team im Büro und im Wahlkreis:





Herausgeber

Rüdiger Kauroff, MdL

Wahlkreisbüro: Odeonstraße 15/16, 30159 Hannover

V.i.S.d.P.: Rüdiger Kauroff

Redaktion: Jean Schramke, Alexander Vogel

Fotos: SPD-Fraktion, Grafik: Jan Hartge